



# Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich

Februar '83

## KG Narrenzunft feiert Jubiläum Große Bürgersitzung am 5. Februar

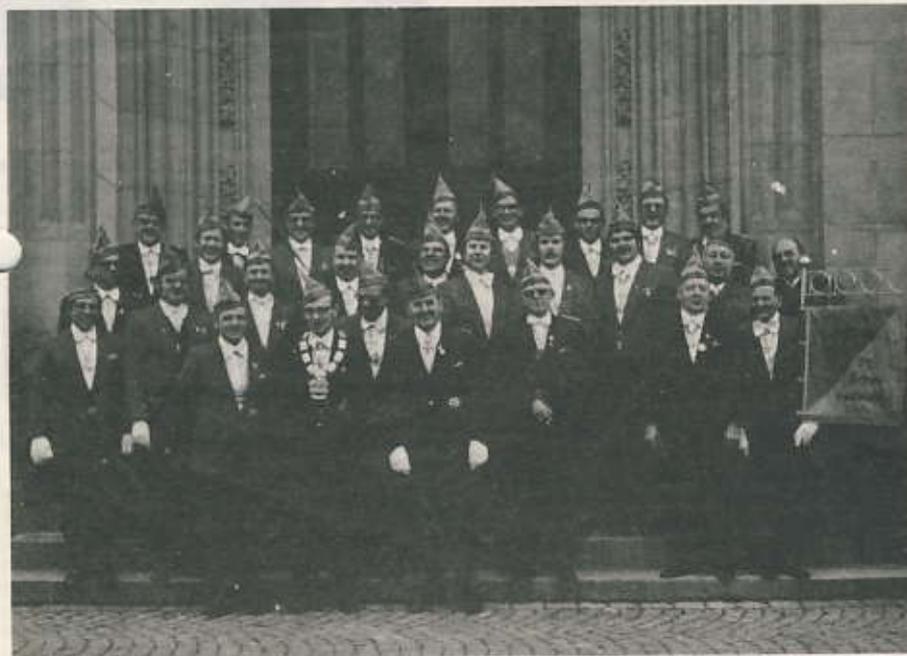
30 Jahre ist ein schönes Alter. Das gilt auch für eine Karnevalsgesellschaft wie unsere Endenicher Narrenzunft. Das Licht der Karnevalswelt in Bonn erblickte die Narrenzunft am 2. Mai 1953. Geburtsstätte war der Gasthof Nolden in der Magdalenenstraße. Initiator des Gründungsaktes war der im Bonner Karneval bekannte Stimmungssänger Michael Moers, der dann konsequenterweise auch zum Präsidenten und 1. Vorsitzenden gewählt wurde.

In ihren Vereinsfarben königsblau-goldorange zeigten sich die Narrenzünftler den Bonner Bürgern schon im Gründungsjahr mit einem eigenen Wagen unter dem Motto "Ministerium zur Beschaffung weiterer Ministerien". In den folgenden Jahren wurden Bürgersitzungen mit überfüllten Sälen abgehalten. Im ganzen Rheinland bekannte Karnevalisten wie

heinz Paßbender, der sich nicht nur bei der Narrenzunft in Endenich, sondern auch beim Vaterstädtischen Verein als Büttendredner und Karnevalist einen Namen gemacht hat. Ihm wurde 1972 der närrische Oscar verliehen. Auch Ernst Mock wurde ausgezeichnet mit dem Verdienstorden des Bundes Deutscher Karneval. Er ist auch Mitglied des Festausschusses Bonner Karneval.

Dem Narrenzunftmitglied Paul Schäper verdanken die Bonner das Motto des Rosenmontagszuges 1974 "Nur net esu pingelig". Zu diesem Motto schrieb der Protokollführer der KG Narrenzunft Karl Eich einen Schlager, den er zusammen mit Hans Fuchs mit großem Erfolg vortrug. Heinrich Kessel aktivierte das Männerballett, das auch singend als Endenicher Hofdsänger auftrat.

Dem Ansatz, die Programme weitgehend



Karl Berbuer, das Eilemann-Trio, die Vier Botze und andere waren bei der Narrenzunft zu Gast. Aber auch eigene Mitglieder gingen mit großem Erfolg in die Bütt, wie z.B. Willi Schaber, Karl Räuchel, Peter Kreuzer, Karl Eich und Hans Fuchs. Bald wurde auch ein Männerballett aufgestellt.

Nach fast 13jähriger Präsidentschaft zog sich Michael Moers zurück. Das Amt wurde geteilt. Vorsitzender wurde Ernst Mock, der seit dieser Zeit der KG Narrenzunft vorsteht. Präsident wurde Karl-

unter Beteiligung der eigenen Mitglieder zu bestreiten, ist die KG Narrenzunft treu geblieben. Auch unter dem jetzigen Sitzungspräsidenten Heinz Günter Küpper wird diese Tradition fortgeführt. So entstand unter dem Namen "Endenicher Bächstelzen" eine Gesangsgruppe. Auch die Ehrenmitglieder, zu denen neben verdienten Vereinsmitgliedern wie Karl Eich, Willi Schaber auch drei Bonner Stadtverordnete, Horst Bachmann, Peter Hospes und Hans-Dieter Witte gehören, müssen ran. In



## Übrigens:

Man merkt es immer deutlicher: die CDU wird von Woche zu Woche nervöser. Wie sonst ist es zu erklären, daß führende Funktionäre dieser Partei immer häufiger, statt zu argumentieren, wie angeschlagene Boxer blindlings um sich schlagen.

"Helmut Kohl ist ein miserabler Kanzler, aber ein erfolgreicher Wahlkämpfer," hat Professor Ehmke kürzlich gesagt. Da ist was dran, denn Kohl versteht es glänzend, mit blumiger Sprache ganze Kübel von leeren Worthülsen über die Zuhörer zu schütten und damit die wahren Absichten seiner Partei zu vernebeln.

Aber allmählich beginnen diese Worthülsen zu platzen, und die Wähler merken, daß sie nichts als Rauch enthalten. Zudem gelingt es Helmut Kohl immer weniger, seine Partei auf klarer Linie zu halten, was die Wahlkampfaußsagen angeht. Da sagt jeder das, was ihm gerade paßt, und dem Vorsitzenden fehlt jegliche Autorität, um sich durchzusetzen. Das mag jedoch auch daran liegen, daß Autorität etwas mit Sachkompetenz zu tun hat.

Zudem wird Kohl auch zunehmend mißverstanden. Als er sich über die Hamburger Verhältnisse aufregte und vom Wähler eine klare Entscheidung verlangte, taten die Hamburger ihm diesen Gefallen, allerdings anders, als er sich das vorgestellt hatte. Nun ist ihm auch dieser Wahlkampfschlager zur Satire geraten.

Der Wähler merkt immer deutlicher, woran er mit der neuen Rechtskoalition ist. Was auf ihn zukommt, gewinnt immer klarere Konturen, und das zwingt die CDU, nach neuen Argumenten zu suchen. Weil sie die aber nicht finden kann, gerät ihr die Suche immer hektischer.

Die Folge sind Wutausbrüche und Rundumschläge, die beim Bürger erst recht nicht ankommen. Der Vorwurf der Mietenlüge gegen die SPD ist längst zusammengebrochen, das Verbrecherzitat hat beim Bürger Reaktionen von Kopfschütteln bis Abscheu erzeugt: Er fühlte sich an Zeiten erinnert, an die er lieber nicht erinnert werden möchte.

Und dann gehen dieselben Leute hin und fordern die Einrichtung einer Schiedsstelle, die über die Zulässigkeit von Aussagen der Parteien im Wahlkampf entscheiden soll. Heuchlerischer geht's wohl kaum noch.

Peter Glotz hat dazu erklärt: "Wir beteiligen uns nicht am Bau eines Podestes, auf das man dann die Wadenbeißer draufstellt." Dem ist nichts hinzuzufügen.

eines politischen Zwiegespräch vertritt der CDU-Ratsherr Hospes die roten und der SPD-Ratsherr Bachmann die schwarzen Farben. Dagegen Verbindung hält der Verein über sein Mitglied Hans Puchs auch zu dem in Duisdorf beheimateten Spielmanszug Rot-Weiß, der in den letzten Jahren zum festen Bestand jeder Sitzung gehörte.

ROTKEHLCHEN gratuliert der Narrenzunft und wünscht ihr auch weiterhin viel Erfolg. Dies gilt besonders für

## Mieten drohen zu explodieren SPD wird Gesetze zurücknehmen

Vor zwei Jahren waren sich noch alle im Bundestag vertretenen Parteien einig: "Der Mieterschutz darf nicht angetastet werden!"

Nun aber hat auch in der Wohnungspolitik die große Wende Einzug gehalten. Die neue Rechtskoalition hat ein neues Mietrecht verabschiedet, das eine massive Umverteilung von unten nach oben auslöst und vor allem den Besitzern von Altbauten erhebliche Mehreinnahmen verschaffen wird. Dagegen wird es die Sicherheit und das Einkommen vieler geringer verdienender Bürger schmälern. Daß es zu mehr Wohnungsbau führen wird, ist reines Wunschdenken seiner Erfinder.

Der Vorsitzende des Bonner Mietervereins, der Stadtverordnete Bernhard von Grünberg hat ausgerechnet, daß das neue Mietrecht allein in Bonn in den nächsten drei Jahren eine Vermögensumverteilung von Mieter auf den Vermieter von 50 bis 80 Millionen Mark bedeutet.

Was bringt das neue Recht nun an Verschlechterungen für den Mieter?

- Der Maßstab für Mieterhöhungen im freifinanzierten Wohnungsbau ist nicht mehr die Durchschnittsmiete der jeweiligen Wohnungskategorie, sondern die Neuvermietungsmiete der letzten 3 Jahre. Hierdurch entstehende Mieterhöhungen wurden wohlweislich schon im Gesetz auf 30% in den nächsten drei Jahren begrenzt.

"Herr Bundeskanzler, Sie haben neulich in Ihrer Regierungserklärung von der Familie gesprochen, die wieder unter einem Dach wohnen können soll. Ihre gerade beschlossene Wohnungspolitik wird aber vielen Familien ihre Wohnung und damit ihr Zuhause nehmen." (Prof. Ehmke am 14. Dezember 1982 vor dem Deutschen Bundestag)

- Vergleichsobjekte für den Nachweis der gültigen Miete kann der Vermieter aus seinem eigenen Wohnungsbestand nehmen. Das bedeutet eine zulässige Sondermiete für besonders profitsüchtige Spekulanten.
- Weiterhin kann der Vermieter bei Neuvermietung eine sogenannte Staffelmiete durchsetzen, in der eine regelmäßige Mieterhöhung für einen Zeitraum von 10 Jahren festgelegt wird. Wenn das Einkommen des Mieters in der Zeit nicht genauso steigt, hat er eben Pech gehabt.
- Zeitmietverträge sind möglich, nach deren Ablauf der Mieter ohne jegliche Einwendungsmöglichkeiten räumen muß. Hierdurch können auch sogenannte Kettenverträge entstehen, durch die der Mieterschutz noch weiter ausgehöhlt wird.

Durch die Lockerung des Mietrechts werden sicherlich keine neuen Wohnungen gebaut werden. Der Neubau von Wohnungen ist unrentabel, solange die bestehende Zinsen- und Kostenstruktur sich nicht ändert. Mehreinnahmen bei

die große Bürgersitzung am 5. Februar 1983 und den karnevalistischen Frühstücken am 6. Februar 1983. Beide Veranstaltungen finden in der Eidenicher Sporthalle statt. ROTKEHLCHEN hofft mit der Narrenzunft auf großen Zuspruch bei den Eidenicher Bürgern.

Übrigens, wer bei der Narrenzunft mitmachen möchte, der wende sich an Ernst Mock, Baskirchener Straße 1-5, Bonn-Eidenich, Telefon 629131.

Altbauten machen die augenblicklichen Mängel nicht wett. Im Gegenteil, Großinvestoren werden noch mehr Altbauten kaufen, weil hier die Verdienstmöglichkeiten besser geworden sind als in zu bauenden Neubauten.

Da viele der so aufgekauften Altbauten nach Entfernung der Mieter umgebaut und dann als Eigentumswohnungen teuer verkauft werden - auch in Bonn ist das längst nichts Neues mehr -, werden noch viele Mieter ihr Dach über dem Kopf verlieren.

Das neue Mietrecht ist ein einseitiges Geschenk an die Reichen zu Lasten der Sicherheit und des Einkommens vieler Bürger. Der Kanzlerkandidat der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, hat versprochen, daß das erste Gesetz, das von den Sozialdemokraten nach dem 6. März geändert wird, das Mietrecht ist.

Übrigens, die CDU behauptet in großen Zeitungsanzeigen, das neue Mietrecht verbessere den Mieterschutz. Urteilen Sie selbst, ob der von der CDU erhobene Vorwurf der Mietenlüge nicht auf sie selbst zurückfällt.

## Nationalsozialismus gab es auch in Bonn

Auch in Bonn hat sie stattgefunden, die Schreckenerrschaft des Nationalsozialismus. Lange genug wurde diese Tatsache in offiziellen Bewußtsein der Stadt und wohl auch der meisten ihrer Bürger verdrängt.

Ende letzten Jahres dann machte eine Ausstellung im Frauenmuseum im Krausfeld auf dieses dunkle Kapitel Bonner Stadtgeschichte aufmerksam. Die Ausstellung stieß auf sehr große Resonanz. Sie hat auch bei vielen Bürgern das ausgelöst, was die Initiatoren damit unter anderem erreichen wollten: das Bedürfnis, sich mit den damaligen Geschehnissen eingehender zu befassen und sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Um diese Wirkung zu stützen, hat die SPD im Rat der Stadt Bonn beantragt, die Stadt solle die Ausstellung ankaufen und sie dem Stadtarchiv angliedern. Ferner soll sie den Bonner Bürgern im Jahre 1983 - 50 Jahre nach der Machtergreifung der Faschisten - in geeigneter Weise zugänglich gemacht werden.

Bei Strafen, die nach Verfolgten des Nazi-Regimes benannt worden sind (z.B. Renois, Hausdorff) sollen die Straßenschilder entsprechende Hinweise erhalten.

Weiter fordert die SPD, daß an Rathaus oder im Stadthaus eine Gedenktafel angebracht wird, die an vom Nazi-Regime verfolgte Stadtverordnete erinnert.

Und noch eines sollte die Stadt aufgreifen: Die evangelische Jugend in Bonn hatte, angeregt durch die Ausstellung, im vorigen Jahr sogenannte "antifaschistische Stadtrundfahrten" angeboten, die reges Interesse fanden. Auf diesen Stadtrundfahrten sollen den Teilnehmern die Stätten in der Stadt Bonn nähergebracht

werden, an denen sich der Nazi-Terror vollzog. Solche Rundfahrten sollten in Zukunft Angebote der Stadt sein, nicht zuletzt auch für Schüler.

Über die Reaktion der Verwaltung und der anderen Rathausparteien werden wir Sie unterrichten.

"Die entscheidende Kraft aber, die Wende nach rechts und nach rückwärts doch noch zu verhindern, um wieder vorwärtsgehen zu können, ist und bleibt die deutsche Sozialdemokratie." (Prof. Ehmke am 13. Oktober 1982 vor dem Deutschen Bundestag)

## Wohin mit gefährlichem Hausmüll?

Wohl in jedem Haushalt finden sich versteckt in Schränken, Kammern oder Kellerecken giftige Abfälle: Farbreste, Verdünnungsmittel, Pflanzenschutzpräparate oder andere gefährliche Stoffe, die zwar nicht mehr zu gebrauchen sind, aber auch nicht bedenkenlos weggeworfen werden sollten.

Wenn sich die Bürger nun Rat von durch die Stadt herausgegebenen Sperrmüllkalender 1983 "mit Hinweisen zum Umweltschutz in unserer Stadt" erhoffen, werden sie enttäuscht. Denn nur für einige wenige Problemabfälle kann die Stadt Verfahren zur Beseitigung anbieten:

- Batterien, Medikamente, alte Reifen und Autowracks sollen dem Handel zurückgegeben werden, der diese Abfälle entweder auf dem Vertriebswege zum Hersteller zurück- oder selbst einer Sondermüllanlage zuführen soll.
- Altöl wird kostenlos an vier Sammelstellen im Stadtgebiet angenommen. Altgips mehrmals im Jahr abgefahren, und für Altglas stehen Glascontainer bereit.

Wohin aber mit den anderen gefährlichen Abfällen? - Wer sich mit dieser Frage an den Umweltschutzbeauftragten der Stadt wendet, erhält leider nur kärgliche Auskunft: Es gebe zur Zeit keine Annahmestellen für Sondermüll. Man solle versuchen, beispielsweise Reste von Pflanzenschutzmitteln an Nachbarn oder Gärtnereien zu verschenken. Farbreste solle man eintrocknen lassen und dann in den Müll geben.

"Wenn der Vogel frißt den Kohl, geht es Deutschland wieder wohl."

(Neue Bauernregel)

Fest steht: So ist das Problem nicht zu lösen. Es müssen Annahmestellen für Problemabfälle geschaffen werden. Die SPD-Fraktion wird hier den Druck auf die Verwaltung verstärken.

Gefährliche Abfälle gehören nicht ins Abwasser oder in den Hausmüll. Wir alle sind aufgerufen mitzuhelfen, die Umwelt zu schützen. In Zweifelsfällen sollte man sich besser erst mal an das Ordnungsamt (Tel. 772548) wenden, bevor man solche Dinge der Umwelt "anvertraut".

Wenn dort aber keine befriedigenden Antworten gegeben werden können, werden leider auch weiterhin gefährliche Abfälle in Ecken und Winkeln ihr giftiges Dasein fristen.

## Kleinanzeigen

Mathematikerin sucht 2- bis 3-Zimmerwohnung. Elke Hinrichs, Bornheimerstraße 76, Tel. 654366 nach 18 Uhr.

# Die Wende nach rückwärts stoppen

## Gespräch mit Professor Horst Ehmke

Professor Horst Ehmke ist wieder Kandidat der SPD für den Bundestag. Die Bonner Sozialdemokraten sprachen sich erneut mit großer Mehrheit für ihn aus. ROTKEHLCHEN sprach mit ihm:

**ROTKEHLCHEN:** Die Bonner SPD hat Sie erneut zum Kandidaten für die Bundestagswahl nominiert. Warum müssen wir am 6. März schon wieder wählen?

**EHMKE:** Weil die neue Rechtskoalition ohne Zustimmung des Wählers, die FDP dazu unter Bruch ihres vor zwei Jahren gegebenen Wahlversprechens Bundeskanzler Helmut Schmidt aus dem Amt gedrängt hat.

Der Übergangsregierung Kohl/Genscher/Zimmermann fehlt die politische Legitimation. Darum muß jetzt endlich der Wähler wieder das Wort haben. Wir fordern ihn auf, diese Übergangsregierung abzuwählen.



**ROTKEHLCHEN:** In seiner Regierungserklärung hat Bundeskanzler Kohl aber doch einen politischen Neuanfang, eine wirtschaftliche Wende und eine geistig-politische Erneuerung versprochen.

"Gesellschaftspolitisch ist die vielgefeierte Wende allerdings eindeutig. Es ist die Wende zum Klassenkampf von oben nach unten und zur Umverteilung von unten nach oben."  
(Prof. Ehmke am 13. Oktober 1982 vor dem Deutschen Bundestag)

**EHMKE:** Versprechen tut er viel. Aber schon die Art und Weise, wie die neue Regierung zustande gekommen ist, ihre personelle Zusammensetzung und ihr Koalitionsprogramm haben nicht einen Gewinn, sondern einen Verlust an politischer Stabilität und Glaubwürdigkeit zur Folge gehabt. Die vergangenen Wochen haben unserer Kritik und unseren Befürchtungen Recht gegeben. Die tatsächlichen Probleme unseres Landes haben sich verschärft.

**ROTKEHLCHEN:** Politiker der Rechtskoalition behaupten, der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt habe seinem Nachfolger Helmut Kohl eine schwere Erblast hinterlassen. Ist dieser Vorwurf stichhaltig?

**EHMKE:** Nein. Wie jeder weiß, der es wissen will, verdanken wir es gerade Helmut Schmidt, daß unser Land bisher besser durch die Weltwirtschaftskrise

gekommen ist als jedes vergleichbare Land. Die neue Rechtskoalition wird mit der von ihr eingeschlagenen Politik die Krise noch verschärfen und wird darum - so fürchte ich - den bisherigen Spitzenplatz der Bundesrepublik nicht halten können.

**ROTKEHLCHEN:** Würden Sie das näher erläutern?

**EHMKE:** Die neo-konservativen Wunschbilder Lohnpause für Arbeitnehmer und Atempause in der Sozialpolitik sind keine Antwort auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Den Arbeitnehmern wird das Geld aus der Tasche genommen und damit der Wirtschaft Kaufkraft entzogen. Aktive Beschäftigungspolitik findet nicht statt. Um Vollbeschäftigung wiederzuerlangen, brauchen wir den technologischen Fortschritt, aber auch - in internationaler Abstimmung - eine umfassende beschäftigungspolitische Offensive für die 80er Jahre. Mehr private und öffentliche Investitionen, mehr qualifizierte Ausbildungsplätze und besonders dringend eine Verkürzung und flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit.

**ROTKEHLCHEN:** Die SPD kritisiert vor allem die soziale Unausgegengenheit der Beschlüsse der Übergangsregierung.

**EHMKE:** Ja, denn die Einkommensschwachen werden durch viele Belastungen getroffen: Die Erhöhung der Sozial- und der Kriegsoferrenten wird verschoben. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden erhöht. Bei Krankenhaus- und Kuraufenthalt muß zugezahlt werden, die Mehrwertsteuer wird erhöht, Kahlschlag beim BAFOG, Ermöglichung massiver Mieterhöhungen bei Kürzung des Wohngeldes. Die einkommensstarken Gruppen werden von zusätzlicher Belastung praktisch weitgehend ausgenommen. Die Mehrwertsteuererhöhung merken sie kaum. Eine Ergänzungsabgabe müssen sie nicht leisten. Von der "Investitionshilfeabgabe", oder wie dieses Ding auch immer anders bezeichnet werden mag, können sie sich durch lächerlich geringe und damit beschäftigungspolitisch unwirksame "Investitionen" freikaufen. Ihre Vorteile aus dem Steuersplitting werden nicht gekürzt. Teilweise werden ihnen sogar neue Steuerbegünstigungen eingeräumt.

**ROTKEHLCHEN:** Eine besonders heftige Kontroverse gibt es in der Mietpolitik. Übertreibt die SPD hier nicht?

"Wir Sozialdemokraten haben schon angesichts Ihrer Koalitionsvereinbarungen von einer Umverteilung von unten nach oben gesprochen. Wir können von diesem Vorwurf nichts zurücknehmen. Im Gegenteil! Die Einzeldurchrechnung Ihrer Gesetzesvorhaben zeigt, in welcher rücksichtsloser, ja schamloser Weise Sie die Kosten dieser Krise auf dem Rücken der einkommensschwachen Schichten abladen wollen."  
(Prof. Ehmke am 14. Dezember 1982 vor dem Deutschen Bundestag)

**EHMKE:** Nein. Die Übergangsregierung Kohl/Genscher/Zimmermann hat - darin gibt uns nicht nur der Mieterbund Recht - einen drastischen Umverteilungsprozeß eingeleitet. Die Einführung der Stafelmiete, die Aushöhlung des Vergleichsmietenprinzips und der Abbau des Kündigungsschutzes werden zu erdrückenden Mietlasten für viele Bürger führen. Gleichzeitig wird das Wohngeld bis zu

50% gekürzt. Dadurch wird die soziale Lage, insbesondere von Schwerbehinderten und Kinderreichen drastisch verschlechtert. Der Spekulation mit Grundstücken aber wird kein Riegel vorgeschoben, sie erhält sogar neue Anreize.

Oberbürgermeister, die der CDU angehören, wie auch der Deutsche Städtetag haben darauf hingewiesen, daß diese Politik nicht nur zu einer weiteren massiven Belastung der Gemeinden im Bereich der Sozialhilfe führen muß, sondern daß sie die Gemeinden auch vor das Problem der Unterbringung einer wachsenden Zahl von Obdachlosen stellen wird. Aber selbst die katastrophalen Folgen der neo-konservativen Politik in den USA - Stichwort: Hungernotstand in Detroit - scheinen die Rechtskoalition nicht zu schrecken.

**ROTKEHLCHEN:** Die Übergangsregierung wehrt sich mit Vehemenz gegen den Vorwurf, sie nehme bei der Ausbildungsförderung einen Kahlschlag vor.



Horst Ehmke im Gespräch mit ROTKEHLCHEN-Redakteur Klaus Stöppler

**EHMKE:** Die Kürzungen der Bildungs- und Ausbildungsförderung werden sich, insbesondere beim Schüler-BAFOG, verheerend auswirken. Ich will das an zwei Beispielen konkretisieren:

Eine Familie mit zwei Kindern, 14 und 17 Jahre alt, die 17jährige Tochter besucht die elfte Klasse eines Gymnasiums. Der Vater ist Facharbeiter, Alleinverdiener, Nettoeinkommen 1750 Mark. Die Familie erhält für die Tochter heute 275 Mark Schüler-BAFOG. Ab Herbst 1983 - natürlich erst nach dem Wahltag - entfällt die Förderung. Damit entfallen 13,5% der der Familie zur Verfügung stehenden Mittel.

Zweites Beispiel: Eine alleinerziehende Verkäuferin mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1400 Mark hat bisher 550 Mark für ihre Kinder in Klasse 12 eines Gymnasiums und Klasse 11 einer Fachoberschule erhalten. Ab Herbst 1983 entfällt der Gesamtbetrag und damit mehr als ein Viertel des derzeitigen Familieneinkommens.

Dieser Kahlschlag wird dazu führen, daß viele Kinder aus einkommensschwachen Familien weiterführende Schulen und ebensolche Berufsschulen überhaupt nicht mehr besuchen können, daß sich darum deren Klassen leeren und sich dadurch die Lage auf dem ohnehin schon engen Ausbildungsstellenmarkt dramatisch verschärfen wird.

**ROTKEHLCHEN:** Herr Professor Ehmke, die neue Bundesregierung ist angetreten mit der Erklärung, sie werde außenpolitisch Kontinuität wahren. Hat sich das bestätigt?

**EHMKE:** Ich meine, es ist noch zu früh, das beurteilen zu können. Mein Eindruck ist, daß die Bundesregierung sich aus taktischen Überlegungen bemüht, die Außenpolitik aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Auch hierfür will ich ein Beispiel geben: Wir haben in der sozial-liberalen Koalition eine partnerschaftliche Politik gegenüber der Dritten Welt entwickelt. Wir haben uns Mühe gegeben, die Entwicklungsländer nicht in den Ost-West-Streit hineinzuziehen. Die ersten Erklärungen des neuen CDU-Ministers signalisierten eine völlige Abkehr von dieser Politik. Inzwischen schweigt er. Die Nagelprobe wird erst nach dem 6. März kommen.

**ROTKEHLCHEN:** Die Rechtskoalition wirft der SPD vor, sich immer weiter von NATO-Doppelbeschluss zu entfernen.

**EHMKE:** Die SPD wahrt in der Außenpolitik auch insoweit Kontinuität. Angesichts des Wahnsinns des Wettrennens wollen wir Sozialdemokraten eine Partnerschaft zur Sicherheit an die Stelle von Konfrontation und Abschreckung setzen. Wir halten es daher für gefährlich, daß die Rechtskoalition mehr über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen als über die Genfer Verhandlungen redet.

Es ist ein Verdienst Helmut Schmidts, daß die beiden Supermächte überhaupt in Genf am Verhandlungstisch sitzen. In diesen Verhandlungen sollen neue Atomraketen dadurch überflüssig gemacht werden, daß vorhandene Waffen abgebaut werden. Wir müssen, gerade auch in Washington, auf ein den europäischen Interessen gerecht werdendes Verhandlungsergebnis drücken. Die Übergangsregierung Kohl tut das nicht, weil sie sich bei den Amerikanern Liebling machen will. Die nächsten Monate sind entscheidend. Darum brauchen wir wieder eine außenpolitisch aktive Regierung.

"Die Birne läßt sich durch leichte Linksdrehung aus der Fassung bringen."  
(Alte Elektrikerweisheit)

**ROTKEHLCHEN:** Der Wahlkampf fällt zum guten Teil mit dem Karneval zusammen. Müssen nun der Humor und die Fröhlichkeit den schweren Geschützen der Politiker weichen, oder haben Sie die Hoffnung, daß der Humor auch in den Wahlkampf einzieht?

**EHMKE:** Was mich betrifft, so verläßt mich mein Humor auch im Wahlkampf nicht. Dabei hoffe ich natürlich, daß er vorher noch von unseren Karnevalisten in Bonn kräftig aufgefrischt werden wird.

**ROTKEHLCHEN:** Herr Professor Ehmke, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Game	Radio- sendung	Wort- und	A	Anmerk- ungen/ Kurzwe.	Multi- reihen	Schw., Spells- macher
			A			
Fluß in Togo			I	ital. Anrede	O A	
Anzahl, Fall, Futur- stange- schlechte	emb.: Voter	Strophe/ Akk.	S		R	
					E R	
Zeichen für An- timon		Luft- Schiff	n			
sow.: Raum- fahr- flug	edle Blume		R		O S E	
Wahl- zettel Mz.	hochb. Bücher- zustand		G			



„Mensch Helmut, wie energisch Du das anpackst“.

Hatzinger/tz München

### Im Rathaus notiert

Ob der Spielplatz an der Pastoratsgasse in Erlenich nicht außerhalb der Schulzeiten immer zugänglich sein könnte, hatte der Bezirksverordnete Klaus Stöppler die Verwaltung in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Bonn gefragt, nachdem mehrere Eltern sich beklagt hatten.

Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Spielplatz, der auf dem Gelände der Matthias-Claudius-Schule liegt, außerhalb der Schulzeiten bis zum Einbruch der Dunkelheit jederzeit zum Spielen zugänglich. Die Erlenicher Eltern sollten das ausprobieren. Stimmt es nicht, geben Sie uns Bescheid!

\* \* \* \* \*

Eine Telefonzelle sollte die Bundespost auf dem Gelände des Sportpark West anlegen, damit für die Sport treibenden Bürger eine Möglichkeit zum Telefonieren gegeben ist (etwa bei Unfällen), wenn die Sporthalle geschlossen ist. Die Post aber wollte nicht so recht. Schließlich gebe es ja ein paar hundert Meter entfernt zwei Telefonzellen. Das konnte jedoch die Bezirksvertretung nicht überzeugen. Sie unterstützte den Antrag des SPD-Bezirksverordneten Stöppler und beauftragte die Verwaltung, bei der Post auf die Errichtung der Telefonzelle zu dringen.

### Interessante Termine

**21. Februar 1983, 20.00 Uhr** im Studio der Beethovenhalle:  
Forum "Friedenspolitik" mit Oskar Lafontaine, Horst Ehmke u.a.

\* \* \* \* \*

**25. Februar 1983, 20.00 Uhr** im Rathaus Beuel:  
Forum "Abbau der Sozialpolitik" mit Anke Fuchs

\* \* \* \* \*

**26. Februar 1983, 20.00 Uhr** im Ernst-Moritz-Arndt - Gymnasium:  
Kulturveranstaltung mit Hans-Dieter Hlisch

\* \* \* \* \*

**27. Februar 1983, 10.00 Uhr** im "Schrägen Eck" in Erlenich: Preissskat.  
Verleihung der Preise durch Horst Ehmke

### CDU lehnt Bürgerinformation durch Stadt ab

Anlieger der Beethovenstraße hatten angeregt, die Stadt möge vor einem Umbau von Straßen die Bürger rechtzeitig informieren, damit Anregungen aus der Bevölkerung noch in die Planung einbezogen werden können.

Diesen Wunsch hatte die SPD aufgegriffen und einen entsprechenden Antrag gestellt. Über ihn wurde nun im Bauausschuß beraten.

Die CDU lehnte mit ihrer Mehrheit dieses berechtigte Anliegen der Bürger ab. Man sei zwar auch der Meinung, daß mehr informiert werden müsse, aber das sei dann Sache der Stadtverordneten und nicht der Verwaltung.

Wer auch nur ein bißchen Ahnung von den Abläufen einer Planung in der Verwaltung hat, der weiß, daß auch Stadtverordnete oft genug von der Verwaltung mit Planungen überrascht werden und dann ihre liebe Mühe haben, noch etwas zu korrigieren.

Gerade hier sollte durch den Antrag etwas geändert werden. Aber offensichtlich ist eine größere Durchsichtigkeit der Verwaltung für die CDU ein Greuel!



Erscheinungsweise:

Jeden zweiten Monat

Auflage: 6.000 Druck: Eigendruck

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD- Ortsverein Bonn-West

Redaktion:

Klaus Stöppler (verantwortlich),  
H. Baumann, A. Büchner, W. Carl,  
G. Fürböck, G. Haas, U. Hinrichs,  
G. Roth, U. Seidenberg, J. Weber

Redaktionsanschrift:

"Rotkehlchen" c/o Klaus Stöppler  
Weberstraße 55 5300 Bonn 1  
Telefon: 225156